



Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Regionalgruppe Münster

Kajo Schukalla
(Arbeitskontakte am Ende des Schreibens)

www.gfbv.de

www.rg-muenster.gfbv.de

Münster, 17. März 2018

Liebe Freundinnen und Freunde in der Menschenrechtsarbeit,
sehr geehrte Damen und Herren,

am Einsatz für den Erhalt der Platanen am Hansaring haben sich viele, nicht nur Anwohner, beteiligt. Gut, dass die **Verteidigung von Bäumen** auch sonst breit getragen wird. Ich sehe dies generell als ermutigendes Zeichen von gewachsenem Umweltbewusstsein und Gestaltungswillen im Nahraum.

Was mich jedoch irritiert, ist die gleichzeitig beobachtbare Tatsache, dass die täglichen Nachrichten über schlimmste Menschenrechtsverletzungen, gegenwärtig etwa in Syrien, so wenige Menschen auf die Straße bringen. Bei unserer letzten, auch in der Presse angekündigten Mahnwache gegen kriegsähnliche Aggression und Bombardierung von Zivilisten in Nordsyrien, war nur ein Häuflein Bürger dazugekommen.

Passen die Medienberichte nicht in eingespielte Mobilisierungsmuster? Haben die Bilderfluten abgestumpft? Ist es Fatalismus, der Engagement für ferne Ereignisse für zwecklos halten lässt?

Wenn wir als Zivilgesellschaft und Wähler im freien Europa uns nicht deutlich und öffentlich gegen Menschenrechtsverletzungen artikulieren, wird es auch unseren Politikern weniger Anreiz sein, sich gegen Menschenrechtsverbrechen und für eine entschlossenerere Außenpolitik einzusetzen. Unsere deutsche Politik ist mir in vielen internationalen Konfliktsituationen zu „geschmeidig“, da sie immer wieder harte Sanktionen zu vermeiden und Waffenexporte an undemokratische Regime zu legitimieren weiß.

Kümmern wir uns weiter um unseren Nahraum, um den Erhalt der Natur, streiten wir aber ebenso gegen Ungerechtigkeiten in der Ferne. Ausländische Regierungen registrieren auch in Münster sehr wohl Proteste und sind um ihr Image, mehr noch um internationale politische Konsequenzen besorgt. Vergrößern wir doch endlich ihre Sorgen. Wir arbeiten weiter daran.

Über Unterstützung auch bei den Mühen der Ebene freuen wir uns.

Erinnern möchte ich in diesem Rundbrief an **Rolf Bauerdick**, der am 26. Februar nach schwerer Krankheit in Dülmen verstorben ist. Das Thema Roma war sein Lebensthema.

Derzeit laufen noch die **Münsteraner Wochen gegen Rassismus** mit zahlreichen Veranstaltungen, einige Veranstaltungshinweise habe ich hier aufgenommen.

Auch darf ich bereits auf den bundesweiten **Filmstart „Das Mädchen aus dem Norden“**

(Sameblod) am 5. April hinweisen. Im Cinema werden wir den Film mit einer Einführung eröffnen und auch später mit Informationsständen zur Lage der Samen in Skandinavien und anderer indigener Völker zur Verfügung stehen.

Mit herzlichem Gruß

Kajo Schukalla

1. Termine

Münsteraner Wochen gegen Rassismus 2018

bis 25. März 2018

Unter dem Motto "100% Menschenwürde – Zusammen gegen Rassismus" begannen zum vierten Mal in Folge die "Münsteraner Wochen gegen Rassismus".

Das Kommunale Integrationszentrum der Stadt Münster hatte alle Vereine, Bildungseinrichtungen, Kirchen, Glaubensgemeinschaften und weitere Zusammenschlüsse eingeladen, ihren Beitrag für ein vielfältiges Veranstaltungsangebot als Zeichen für ein weltoffenes und demokratisches Zusammenleben zu leisten. Alle Veranstaltungen werden in einem gemeinsamen Kalender beworben.

<http://www.stadt-muenster.de/zuwanderung/aktuelles.html>



Rassismuskritischer Stadtrundgang

Samstag, 17. März 2018, 14 bis 18 Uhr

Treffpunkt am Servatiiplatz, 48143 Münster

Bushaltestelle: Servatiiplatz (Buslinien 14, 17, N84)

Wir wollen zur kritischen Auseinandersetzung mit Rassismus und der Situation geflüchteter Menschen anregen. In interaktiven Stationen werden Alltagsrassismus, deutsches Asylsystem, EU-Grenzabschottung und globale Ungerechtigkeit vermittelt und diskutiert.

Kontakt: Hannah Gruber, hannahgruber@posteo.de

Veranstalter: Don Bosco Aktionsgruppe e.V.

Eintritt frei

Scharia versus Grundgesetz

Samstag, 17. März 2018, 18.30 Uhr

Volkshochschule Münster – Forum 1,

Aegidiimarkt 3, 48143 Münster

Bushaltestelle: Aegidiimarkt (Buslinien 10, 11, 22)

Bestimmte Schlüsselbegriffe des Islam erscheinen im westlichen Diskurs extrem negativ, z. B. Scharia. Außerdem wird dieser Begriff oft von Extremisten missbraucht. Viele Menschen denken, dass das islamische Recht in Konkurrenz zum Grundgesetz steht.

Kontakte: Amir Sleiman, Natalie Eichner, ms.ohnegrenzen@outlook.de
Veranstalter: Münster – Eine Welt ohne Grenzen e.V.
Eintritt frei

Rassismus, der Blick dahinter

Montag, 19. März 2018, 16.30 bis 18 Uhr

Familienzentrum Killingstraße

Killingstraße 44, 48159 Münster-Kinderhaus

Bushaltestelle: Killingstraße (Buslinien 15, 16)

Referent: Felix Roß

Welche Strukturen am Rand und in der Mitte der Gesellschaft stärken den alltäglichen Rassismus und extreme Kräfte? Begriffserklärungen und Ideen zum Umgang mit Hass und Ideologie.

Anmeldung erforderlich unter kitakillingstrasse@stadt-muenster.de
Veranstalterin: Städtisches Familienzentrum Killingstraße
Eintritt frei

Geschichte(n) des Antisemitismus

Montag, 19. März 2018, 18 Uhr

Paul-Gerhardt-Haus, Friedrichstraße 10, 48145 Münster

Bushaltestellen: Eisenbahnstraße, Servatiiplatz
(Buslinien 1, 2, 5, 9, 10, 11, 15, 16, 17)

Auseinandersetzung mit verschiedenen Formen und Stereotypen des Antisemitismus durch Vortrag und Diskussion. Teil einer Veranstaltungsreihe über Rassismus und Antisemitismus in verschiedenen Kulturen. Mehr dazu: www.facebook.com/gevint

Veranstalter: Verein für Integration Münster
Eintritt frei

"Die Würde des Menschen ist unantastbar" – Rassismus und Sexismus

Montag, 19. März 2018, 18 bis 19.30 Uhr

Rathausfestsaal, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 10, 48143 Münster

Bushaltestellen: Klemensstraße (Buslinien 2, 4, 10, 11, 12, 13, 14), Domplatz
(Buslinien 1, 2, 4, 9, 10, 11, 12, 13, 14)

Fachvortrag mit Publikumsdiskussion

Sexismus – Rassismus: In den letzten Monaten hat die Debatte um diese

Themen neuen Aufschwung erfahren. Sowohl Sexismus als auch Rassismus stellen Machtverhältnisse dar, die von gesellschaftlichen Strukturen und Diskursen genauso wie von jedem Einzelnen hergestellt werden und wechselseitig aufeinander einwirken.

Aber wie genau lassen sich Rassismus und Sexismus überhaupt definieren? Was hat Sexismus mit Rassismus zu tun und wem nützen diese Diskurse? Sanata Nacro wird in ihrem Vortrag unter anderem auf diese Fragen eingehen. Eine anschließende Podiumsdiskussion, moderiert durch Aslı Sevindim, soll zum Meinungsaustausch genutzt werden.

Veranstalter: Kommunales Integrationszentrum Münster und das städtische Frauenbüro in Kooperation mit dem Frauen-Notruf Münster e.V. und Kaktus e.V.

Eintritt frei

Um Anmeldung wird gebeten unter frauenbuero@stadt-muenster.de oder Tel. 02 51/4 92-17 01 unter dem Stichwort "Vortrag Rassismus Sexismus".

Interreligiöse Andacht aus Anlass des Neujahrfestes der Bahá'í-Gemeinde

Dienstag, 20. März 2018, 18 Uhr, Einlass ab 17.30 Uhr

Bahá'í-Zentrum, Hörsterstraße 49/50, 48143 Münster

Bushaltestelle: Bült (Buslinien 1, 5, 6, 7, 8, 9, 14, 15, 16, 17)

Veranstalterin: Bahá'í-Gemeinde Münster

Anlässlich des Bahá'í-Neujahrfestes lädt die Bahá'í-Gemeinde Münster herzlich zu einer interreligiösen Friedensandacht mit anschließendem Imbiss ein.

Ansprechpartnerin: Farnia Rassouli-Leßmann,
farnia.rassouli.lessmann@googlemail.com

Eintritt frei

Unternehmen tragen Verantwortung für Menschenrechte **Einschätzungen zum Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte**

Dienstag, 20. März 2018

Tagungsort: Gemeindehaus Ev. St. Mariengemeinde, Dortmund

Information:

Evangelische Akademie Villigst im Institut für Kirche und Gesellschaft,
Iserlohner Str. 25, 58239 Schwerte,

Tel. 02304/ 755-327

www.akademie-villigst.de

Der sunnitisch-schiitische Konflikt

Von seinen historisch-theologischen Wurzeln bis zu den aktuellen konfessionellen Bürgerkriegen im Irak und Syrien

Dienstag, 20. März 2018, 19.30 Uhr

Abu Bakr Moschee, Carl-Holtzschneider-Straße 8a, 44145 Dortmund

Referent: Dr. Wilfried Buchta

Seit der US-Invasion im Irak 2003 und dem Beginn des Arabischen Frühlings 2011 ist der Nahe Osten in einem Teufelskreis aus Staatszerfall, dschihadistischem Terror und Bürgerkriegen gefangen. Und insbesondere in den Bürgerkriegen im Irak und in Syrien spielt der Faktor des sunnitisch-schiitischen Konfessionsgegensatzes wiederum eine entscheidende Rolle. Was sind die historisch-theologischen Ursachen dieses Konflikts? Wie wird er von den nahöstlichen Bürgerkriegsparteien instrumentalisiert? Und warum ist es sowohl für Konfliktakteure als auch Vermittler so schwer, ja sogar de-facto unmöglich, diesen unheilvollen Konflikt zu entschärfen? Antworten auf diese und andere Fragen gibt der Referent des Abends, der renommierte Islamwissenschaftler Dr. Wilfried Buchta. Er hat für nationale und internationale Organisationen in Marokko, Iran, Jordanien und im Irak gearbeitet, zuletzt von 2005 bis 2011 als politischer Analytiker für die UNO in Bagdad/Irak.

Eintritt frei

Auf der Flucht aus ...

Griechenland/ Türkei: „Zimt und Koriander“

Donnerstag, 22. März 2018, 19.30 Uhr

Volkshochschule Münster (VHS), Aegidiemarkt 2, 48143 Münster

Die Reihe „Auf der Flucht aus ...“ zeigt im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus Filme über Länder, aus denen Flüchtlinge zu uns kommen. Die Filme werden eingeführt und anschließend diskutiert. Als GföV weisen wir ausdrücklich auf diese Reihe hin, da wir auch zu all diesen Regionen arbeiten.

Veranstalter: Eine-Welt-Forum Münster in Zusammenarbeit mit VHS Münster und der Kommunalen Seniorenvertretung

Eintritt frei.

Rassismus aus der Sicht der Migranten

Freitag, 23. März 2018, 18 Uhr

Paritätisches Zentrum - Konferenzraum, Dahlweg 112, 48153 Münster

Bushaltestelle: Königsweg (Buslinien 1, 5, 9, N82), Scheibenstraße (Buslinien 5, N81)

Es wird eine Informationsveranstaltung zu Rassismus angeboten. Eine aktive Beteiligung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Diskussion ist erwünscht.

Veranstalter: Arbeitskreis International e.V.

Eintritt frei

Alltäglicher Ausnahmezustand: rassistische Polizeikontrollen vs. Menschenwürde

Freitag, 23. März 2018, 19.30 Uhr

Neben*an (am Cinema), Warendorfer Straße 45, 48145 Münster

Lesung und Gespräch

Polizeikontrollen müssen durch tatsächliche Verdachtsmomente begründet

sein. Oft spielen jedoch rassistische Kriterien in der Kontrollpraxis eine Rolle. Wie kommt es dazu? Was macht Racial Profiling mit den Betroffenen? Wie ist die Lage in Münster?

Veranstalterin: AK Zu Recht und Bündnis gegen Abschiebungen
Eintritt frei.

Das Mädchen aus dem Norden (Sameblod)

CINEMA FLASHLIGHT zum Bundesstart

Donnerstag 5. April 2018, 19 Uhr

Cinema, Warendorfer Str. 45-47, 48145 Münster

Amanda Kernells Spielfilmdebüt beleuchtet das wenig bekannte Kapitel der schwedischen Geschichte: die Diskriminierung gegenüber der Sámi.

Einführung von Dr. Kajo Schukalla, Gesellschaft für bedrohte Völker

und nach dem Film Informationsmöglichkeiten über die Situation der Samen und anderer indigener Völker

Ab 5. April mit weiteren Vorstellungen

Zum Film-Trailer <http://www.filmstarts.de/kritiken/249775/trailer/19564768.html>

Vorbestellungen: Tel. 0251/ 30307

www.cinema-muenster.de

Im Schweden der 1930er Jahre besucht die angehende Rentierzüchterin Elle Marja mit ihrer Schwester die Internatsschule in Lappland. Sie gehört dem Volk der Sámi an, deren Alltag von Vorurteilen und Ausgrenzung geprägt ist. Elle Marja bemüht sich um die Anerkennung ihrer Lehrerin in der Hoffnung, so ihrem Traum von einem freien Leben näher zu kommen. Als an der Schule erniedrigende, rassenbiologische Untersuchungen durchgeführt werden, entscheidet sie sich für einen radikalen Schritt: Das intelligente, willensstarke und rebellische Mädchen bricht mit ihrer Familie und macht sich auf den Weg nach Uppsala, um eines neues, unabhängiges Leben zu führen.

»Regisseurin Amanda Kernell, selbst halb-samisch, entwickelt hieraus kein typisches Historiendrama, sondern webt das schwere Thema in einen Coming-of-Age-Film ein, auf den Spuren eines cleveren, neugierigen Mädchens, von der ersten Liebe bis zur Rebellion gegen die Eltern. Dass ebenjene Mischung zugleich auch noch als visuell bezaubernde Liebeserklärung an die samische Kultur funktioniert, ist bemerkenswert.« (Filmfest Osnabrück)

SAMEBLOD Schweden, Norwegen, Dänemark 2016 · R & Db: Amanda Kernell · K: Sophia Olsson, Petrus Sjövik • Mit Cecilia Sparrok, Erika Sparrok, Maj Doris Rimpi, Julius Fleischanderl, Olle Sarri u.a. · ab 6 J. · schwed./sam.OmU + dF · 112'

„Die Frau meines Mannes – Afrikanische Impressionen“

Eine Partnerschaft mit Gesicht.

Ausstellungseröffnung, Vernissage mit Gästen aus Nigeria

Montag, 9. April 2018, 18 Uhr

Volkshoschschulen Aegidiimarkt 3, Münster

Veranstalter: Ökumenischer Eine-Welt-Kreis-St. Nikolaus Wolbeck e.V.

Le Mensch – Die Ethik der Identitäten

Mittwoch, 11. April 2018, 19 Uhr

Franz Hitze Haus

Kardinal-von-Galen-Ring 50, 48149 Münster

Referent: Prof. Dr. Alfred Grosser

Alfred Grosser, der wegen seines jüdischen Hintergrundes seiner Familie 1933 nach Frankreich emigrieren musste und dort vor allem am Institute d' etudes politiques wirkte, ist einer der ganz großen Europäer. Der jetzt 93jährige ist seit Jahrzehnten auch unserer Gesellschaft für bedrohte Völker eng verbunden.

Gebühr: 8 €

Anmeldung: Hitze-Haus

Tel. 0251/ 9818-400, Fax 0251/ 9818-480

E-Mail: info@franz-hitze-haus.de

www.franz-hitze-haus.de/home/

2. Münsteraner Friedenskonvokation

Donnerstag, 19. April 2018, 18 – 19.30 Uhr

Rüstkammer im Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 6-7

WeltWeitWissen 2018: Lernen für den Wandel

Donnerstag bis Samstag, 3.- 5. Mai 2018

Bremen

Zielgruppe dieses Fachkongresses sind Multiplikator*innen aus Verbänden, Lehrer*innen, Studierende und Lehrende, Promotor*innen und weitere Interessierte aus Politik und Verwaltung sowie Referent*innen aus dem In- und Ausland.

Themenschwerpunkte der Veranstaltung:

-Wie muss Globales Lernen aussehen, um Veränderungen im Sinne der SDG/ der Transformation erzielen zu können?

-Ist BNE / Bildung für nachhaltige Entwicklung (dafür) politisch genug? Und: Wie politisch muss/ darf GL und BNE überhaupt sein? Beutelsbacher Konsens versus politische Aktivierung/ Politisierung als Anspruch/ Ziel.

-Was zeichnet „transformative“ Lernprozesse aus?

<https://www.weltweitwissen2018.de/>

<http://www.ben-bremen.de/index.php/aktuelles/398-weltweitwissen-2018-lernen-fuer-den-wandel-kongress-in-bremen>

Suche Frieden

101. Deutscher Katholikentag

Mittwoch bis Sonntag, 9. - 13. Mai 2017 in Münster

Das Großereignis, zu dem etwa 70.000 Gäste in Münster erwartet werden, soll auch zahlreiche Foren zu Menschenrechts- und Eine-Welt-Themen bieten.

Es werden noch Gastgeber gesucht.



Anmeldung: <https://www.katholikentag.de/>

Das Programm wurde jetzt online gestellt:

https://www.katholikentag.de/programm/programm_2018.html

Afrika im Fokus

Auswirkungen afrikanischer Entwicklungen auf Europa

Dienstag, 15. Mai 2018, 10 -12 Uhr

Seminarraumzentrum WWU Münster, Orleans Ring 12, 48149 Münster

Studium im Alter

Referent: Dr. Kajo Schukalla, Gesellschaft für bedrohte Völker, Ghana-Forum NRW

GfbV-Jahreshauptversammlung

Freitag bis Sonntag, 5. - 7. Oktober 2018

Am Samstag wird das 50jährige Jubiläum unserer Menschenrechtsorganisation gefeiert werden.

Göttingen

Aktuelle Hinweise finden sich auf unserer Internetseite www.gfbv.de

2. Berichte und Hinweise

Wir trauern um Rolf Bauerdick

Am 26. Februar ist Rolf Bauerdick im Alter von 61 Jahren gestorben. Seine Reisen führten den studierten Theologen und Literaturwissenschaftler nach Ost- und Südosteuropa, nach Amerika, Asien und Afrika. Sein Lebensthema aber war das vielfältige Volk der Roma. Über hundert Siedlungen habe er in Südosteuropa auf seinen über hundert Reisen besucht, sagte er öfter. Rolf Bauerdick schrieb, was er sah und erlebte, auch wenn es nicht allen gefiel oder einige fanden, er sei politisch nicht korrekt. So haben auch wir über die Verwendung des Begriffs „Zigeuner“ gestritten, an dem er vor allem aufgrund seiner Balkan-Erfahrungen und dortigen Begriffsverwendungen in seinen Publikationen festhielt. Ein lesenswerter Bestseller trägt den Titel „Zigeuner. Begegnungen mit einem ungeliebten Volk“ (1. Auf. München 2013, mittlerweile auch als Taschenbuch erhältlich.) Dabei reagierte er sprachsensibel bei Begegnungen mit Sinti sowie Roma hierzulande und sprach auch zumeist von Roma. Aber vor sachbezogenem Streit mit dem Zentralrat deutscher Sinti und Roma oder auch Vertretern der Gesellschaft für bedrohte Völker scheute er nie zurück.



Rolf Bauerdick war ein Mann mit scharfem Blick für die Ungerechtigkeiten in der Welt, die er als professioneller Fotograf auch zigtausendfach dokumentierte. Große Empathie zeigte er immer wieder für die Roma, ihre Behandlung empörte ihn.

Anfang der 1990er lernte ich ihn kennen, als er zur Reisevorbereitung nach Südosteuropa bei mir anklopfte, er hatte von meinem Menschenrechtsarchiv gehört. Die letzten Jahre habe ich ihn nur sehr selten persönlich treffen können. Telefonisch hatten wir noch eine Menschenrechtsveranstaltung zur Lage der Roma in Südosteuropa angedacht. Dazu ist es nicht mehr gekommen. Wir werden ihm in Münster sein ehrendes Andenken bewahren.

Kajo Schukalla

zu Rolf Bauerdick

* 2. Februar 1957 in Lenhausen; † 26. Februar 2018 in Dülmen-Hiddingsel

Rolf Bauerdick besuchte das Rivius-Gymnasium in Attendorn und studierte in Münster Germanistik und katholische Theologie für das Lehramt. Nach der Referendarzeit und einem nicht beendeten Promotionsvorhaben in katholischer Dogmatik wurde er freier Journalist. Er arbeitete zunächst für die Münstersche Zeitung. Bauerdick unternahm Reportagereisen in rund sechzig Länder. Seine Text- und Bildreportagen wurden in verschiedenen europäischen Tageszeitungen und Magazinen veröffentlicht. Die Reportage „Von wie wenig kann man leben?“ über die Roma auf rumänischen Müllhalden wurde 2003 beim Natali Award, dem Preis für Menschenrechtsjournalismus der International Federation of Journalists und der Europäischen Kommission, unter die drei besten in Europa erschienenen Reportagen gewählt.

Für die französische Übersetzung seines Romans *Wie die Madonna auf den Mond kam* (2009) erhielt er 2012 den Preis des Europäischen Buches der Association Esprit d'Europe. Bauerdicks Fotos wurden wiederholt ausgestellt. Sein Foto „Abstieg in die Unterwelt“ wurde von news aktuell als „Bestes PR-Foto 2008“ ausgezeichnet. (aus: https://de.wikipedia.org/wiki/Rolf_Bauerdick)

Mahnwache gegen Militäraggression in Syrien

Gesellschaft für bedrohte Völker klagte an

Die nordsyrische Stadt Afrin wird von türkischen Truppen beschossen, Ost-Ghouta von der syrischen Armee zerstört. Gegen die Hauptverantwortlichen, Erdogan und Assad, und die Tatenlosigkeit der internationalen Gemeinschaft demonstrierten am Samstag den ganzen Tag



Menschenrechtsaktivisten der Gesellschaft für bedrohte Völker vor dem Rathaus, zeitweilig durch eine kurdische Demonstration verstärkt. In Afrin sind Kurden, Christen, Yeziden und rund 500.000 Bürgerkriegsflüchtlinge den Angriffen der türkischen Armee ausgesetzt. Präsident Erdogan wolle in dem Nachbarstaat kein autonomes Kurdengebiet dulden, in dem kulturelle und religiöse Vielfalt gelebt werde, so die Veranstalter. Der Protest der Menschenrechtsorganisation galt auch der deutschen Waffenexportpolitik. Deutsche Leopard-Panzer sind an der türkischen Invasion beteiligt.



Neuer GfbV-Menschenrechtsreport erschienen „30 Jahre Halabja – Gerechtigkeit für die Opfer des Völkermordes“

Kurz vor dem Jahrestag hat die GfbV auch einen Menschenrechtsreport mit dem Titel „30 Jahre Halabja – Gerechtigkeit für die Opfer des Völkermordes“ veröffentlicht. Dieser entstand auf der Basis von Hintergrundberichten und Interviews mit Menschen aus Halabja.

Unser Menschenrechtsreport "Irakisch-Kurdistan: 30 Jahre Halabja – Gerechtigkeit für die Opfer des Völkermordes" kann kostenfrei als pdf heruntergeladen werden. (siehe auch die Pressemitteilung unten.)

Link zur neuen GfbV-Dokumentation:

https://www.gfbv.de/fileadmin/redaktion/Reporte_Memoranden/2018/Menschenrechtsreport_8_3_30-Jahre-Halabja.pdf



Am 16. und 17. März 1988 bombardierte die Luftwaffe des damaligen Diktators Saddam Hussein Halabja mit Giftgas. Mindestens 5.000 Menschen starben innerhalb weniger Stunden.

**WICHTIG : Petition für Minderheitenrechte in Europa.
Mit der Bitte um Beteiligung**

Die Minderheiten in Europa brauchen unsere Unterstützung! In einer bislang einzigartigen Aktion soll die Europäische Union dazu bewegt werden, Minderheitenrechte endlich umzusetzen. Dafür müssen bis zum 3. April 2018 eine Million Unterschriften digital oder auf Papier bei der Europäischen Kommission eingegangen sein. Das meiste ist schon geschafft: 848.000 Menschen, die den kulturellen Reichtum unseres Kontinents schützen wollen, haben bereits unterschrieben.

Bitte machen auch Sie, macht ihr mit! Mit der Unterschrift kann man das Anliegen der Minderheiten in Europa unterstützen. Hier kann man online unterschreiben:

<http://www.minority-safepack.eu/>

Die EU hat vorgegeben, dass aus Deutschland mindestens 72.000 Unterschriften kommen müssen. Hier werben vor allem die Sorben in der Lausitz, die Dänen in Schleswig-Holstein, die Friesen im Saterland und Nordfriesland sowie die Sinti und Roma für die Aktion. Und natürlich auch die 90 Mitgliedsorganisationen der FUEN, des Dachverbands der Minderheiten in Europa, die die Bürgerinitiative betreut.

Die Europäische Kommission hat einiges versucht, um die Unterschriftensammlung zu verhindern. Die Minderheiten wollten damit schon 2015 starten. Doch die Kommission

war der Meinung, dass Minderheitenschutz nicht zu den Aufgaben der Europäischen Union gehört. Die Aktion wurde nicht zugelassen. Doch die Initiatoren ließen sich nicht einschüchtern, klagten vor dem Gerichtshof in Luxemburg und bekamen nach zwei Jahren Recht.

Jetzt müssen wir alle zeigen, wie wichtig uns der Minderheitenschutz ist. Denn die sprachliche und kulturelle Vielfalt in Europa ist bedroht! Die Zahl der Sprecher von Minderheitensprachen nimmt stetig ab und in einigen Ländern der EU wird die Existenz von Minderheiten teilweise einfach geleugnet. Gezielte Assimilierungspolitik oder auch nur politisches Desinteresse drängt immer mehr Minderheiten und Sprachgruppen in den Existenzkampf. Zynisch gesagt: Wären die europäischen Sprachminderheiten bedrohte Tierarten, dann würde sich schon längst ein breiter gesellschaftlicher Protest erheben.

Bitte zeigen Sie sich, zeigt ihr euch solidarisch mit den Minderheiten in Europa. Unterschreiben Sie, unterschreibt ihr hier und teilen Sie und teilt die Bürgerinitiative mit Freunden und Familie: <http://www.minority-safepack.eu/>

Vielen Dank für die Unterstützung !

Zu den Inhalten

The motto of the European Union is "In varietate concordia – United in diversity". The purpose of the Minority SafePack Initiative is to encourage the European Union to live up to its motto and to improve the protection of people belonging to national and linguistic minorities and strengthen cultural and linguistic diversity in the Union. The European Union has ignored these requests too often in the past, and has left the minority issues to be dealt with on a Member State level, or by other international organisations.

We want the European Union to take responsibility and become a genuine promoter of cultural and linguistic diversity across Europe. We want the Copenhagen Criteria on protecting the rights of minorities to be observed also by the Member States of the EU.

The Minority SafePack Initiative includes eleven original proposals, nine of which were registered by the European Commission:

EU-Recommendation for the protection and promotion of cultural and linguistic diversity

Funding programmes for small linguistic communities,

The creation of a Language Diversity Centre

The objectives of EU's regional development funds to include the protection of national minorities and the promotion of cultural and linguistic diversity

Research about the added value of minorities to our societies and Europe

Approximating equality for stateless minorities e.g. Roma

A single European copyright law, so that services and broadcast can be enjoyed in the mother tongue

Freedom of service and reception of audio-visual content in the minority regions

Block exemption of regional (state) support for minority culture, media and cultural heritage conservation.

Am Tag der Muttersprache: Ohrfeige für Minderheiten

Der persönliche, intellektuelle und kulturelle Wert von Muttersprachen und Mehrsprachigkeit wird zunehmend erkannt. Die UNESCO hat im Jahr 2000 einen Internationalen Tag der Muttersprache ausgerufen, denn von den rund 7.000 Sprachen, die heute weltweit gesprochen werden, sind nach Einschätzung der UNO die Hälfte vom Verschwinden bedroht. Betroffen sind dabei nicht nur kleine indigene Gemeinschaften. In manchen Ländern bedroht auch staatliche Assimilationspolitik Sprachgemeinschaften und diskriminiert gleich die Kultur mit.

Dass in Münster dieser Tag – jetzt zum vierten Mal - mit Veranstaltungen begangen wird, ist unserer Stadt angemessen. Wenn jedoch beim Auftakt im Rathaus, wie berichtet, die türkische Generalkonsulin, die Repräsentantin einer minderheitenfeindlichen Regierung, willkommen geheißen wurde, so ist dies eine Ohrfeige für die sprachlichen und ethnischen Minderheiten in der Türkei und ihre Vertreter in Münster. Denn Artikel 42 der türkischen Verfassung schreibt klar vor: „Den türkischen Staatsbürgern darf in den Erziehungs- und Lehranstalten als Muttersprache keine andere Sprache beigebracht und gelehrt werden als Türkisch.“ Selbst in kurdischen Mehrheitsgebieten ist die kurdische Muttersprache im Curriculum nicht erwünscht und nur sehr eingeschränkt als Fremdsprache (seit 2012) sowie in Privatschulen (2013) oder Workshop unter strengen Auflagen gestattet.

In der Türkei werden rund 20 Minderheitensprachen gesprochen. Die Diskriminierungspolitik des türkischen Staates beschränkt sich dabei keineswegs alleine auf sprachliche Aspekte. Ethnische und religiöse Minderheiten haben es insgesamt sehr schwer in der Türkei.

Dr. Kajo Schukalla
Gesellschaft für bedrohte Völker,
Markweg 38, Münster

Internationaler Tag der Muttersprache - Was bedeutet Muttersprache für euch?

Zum Internationalen Tag der Muttersprache haben wir 2017 die Mitarbeiter der GfbV vor die Kamera geholt. Sie haben uns erzählt, was Muttersprache für sie bedeutet. Denn selbst in unserem kleinen Büro haben wir eine große sprachliche Vielfalt.

Hier geht es zum kurzen
Filmbeitrag:



Darfur-Hilfe-Team besuchte Partner in Tiné



Doris Heineck und Fadul Andusa von der Darfur-Hilfe e.V. haben im Februar/ März das Schulprojekt in Tiné/ Tschad, direkt an der Staatsgrenze zum Sudan besucht. Mittlerweile besuchen ca. 1200 Schülerinnen und Schüler die Flüchtlingschule, die von der Darfur-Hilfe als erste feste Schule errichtet wurde. Vorher gab es für die Flüchtlinge aus dem sudanesischen Darfur nur provisorische Schulen aus Mattenzelten. Die Renovierung der Schule, ein Neubau der Toiletten, der Kauf eines großen Wassertanks, die Anschaffung von Schulmaterialien sowie eine finanzielle Unterstützung für der Lehrkräfte konnten geregelt werden. Zur Zeit des Aufenthalts fanden gerade die zentralen Prüfungen statt. Arbeitsbesuche sind nur selten möglich, wegen der (überwiegend privat getragenen) Reisekosten und der langen und nicht ungefährlichen Anreise. Nur dank des engagierten Lehrerkomitees vor Ort ließen und lassen sich die Schulprojekte bewältigen.



Mädchenklasse

2018.2.24 08:57



Schulprüfungen: mogeln nicht möglich.

Spenden für die Schulprojekte der Darfur-Hilfe sind sehr willkommen, da dringend erforderlich!

Spendenkonto des gemeinnützigen Vereins Darfur-Hilfe e.V.,

Sparkasse Münsterland Ost

IBAN: DE12 4005 0150 0034 2000 06

SWIFT-BIC: WELADED1MST

Stichwort: „Darfur-Hilfe“

Vielen Dank.

Kajo Schukalla

Tibet-Flagge in Münster am Rathaus

Jährlich wird am 10. März der gewaltsamen Besetzung Tibets durch die chinesische Armee gedacht. Vor 59 Jahren löste dies einen Volksaufstand aus, in dessen Verlauf auch der Dalai Lama, das geistige Oberhaupt der Tibeter ins Exil flüchten musste.

Die Tibet-Initiative und die GfbV haben vor Jahren durchgesetzt, dass in Münster die tibetische Flagge zum Gedenken und in Mahnung der Menschenrechtssituation in Tibet gezeigt wird. Die Tibet-Initiative Münster hatte zu diesem Anlass eine kleine Mahnaktion vor dem Rathaus organisiert. Auch die grüne Bundestagsabgeordnete Maria Klein-Schmeink



nahm zusammen mit Bürgermeisterin Wendala-Beate Vilhjalmsson (SPD) an der Flaggenaktion teil. Viele Tibeterinnen und Tibeter waren gekommen und sangen ihre Nationalhymne, was in ihrer Heimat verboten ist.

GfbV-Regionalgruppenkonferenz tagte in Göttingen

Am ersten März-Wochenende (2.-4.3. 2018) trafen sich 35 Menschenrechtler in Göttingen zu Erfahrungsaustausch und gemeinsamen Planungen beim jährlichen Regionalgruppenwochenende mit Aktiven aus den Regionen. Das Treffen stand unter dem Eindruck des Krieges und der Menschenrechtsverbrechen in Syrien. Experten berichteten aber auch über weniger bekannte Probleme wie die Sklaverei in Mauretanien oder die Situation der Samen, des indigenen Volkes in Nordskandinavien. Auf dem Programm standen auch Neuwahlen der Bundesregionalgruppen-Sprecherteams. Wiedergewählt wurden Kajo Schukalla (Münster) als Sprecher, Eytan Celik (Göttingen) und erstmals Gesine Gerdes (Berlin) als Vertreterinnen.

Wer Interesse an der regionalen Menschenrechtsarbeit der Gesellschaft für bedrohte Völker hat und in seiner Stadt oder Region Kontakte sucht oder bei einer Menschenrechtsaktion oder einer Regionalgruppe mitmachen möchte, wende sich bitte an Daniel Matt im GfbV-Bundesbüro, Tel. 0551/ 49906-17, E-mail: d.matt@gfbv.de Gesine Gerdes, Kajo Schukalla und Eytan Celik sind das neue Regionalgruppensprecherteam



Rassismuskritische Veranstaltungen

Hier der Link zu den Erläuterungen:
<https://academy.noahsow.de/info/>

Und hier ein Filmtrailer:

Ich gehe immer leise - Ein Film über Alltagsrassismus
<https://www.youtube.com/watch?v=IDpSWIz1ZYg>

"Bildung trifft Fluchterfahrung" – Globales Lernen und Flucht. Ein Leitfaden

Die Publikation „Menschen in Bewegung. Leitfaden für Globales Lernen mit Geflüchteten“ ist online.

Mit der Einbindung von Geflüchteten in die entwicklungspolitische Bildungsarbeit und das Globale Lernen soll vieles in Bewegung kommen: die Perspektiven wechseln, durch persönliche Begegnung die Herzen berühren und Empathie fördern, und vor allem den Geflüchteten die Gelegenheit geben, sich und ihre vielfältigen Ressourcen einzubringen. Die

Autoren haben in diesem Leitfaden ihre Erfahrungen und Antworten zusammengestellt, um anderen Trägern und interessierten Bildungsakteuren für diese Art der Arbeit mit Geflüchteten zu begeistern und zu ermutigen.

Arbeitskontakt:

Daniela Peulen
Eine Welt Netz NRW e.V.
Bildung trifft Entwicklung NRW
Achtermannstr. 10-12
48143 Münster
Tel: 0251-384 222 01
Fax: 0251-384 222 09

https://eine-welt-netz-nrw.de/bildung_trifft_entwicklung/logoBE

https://eine-welt-netz-nrw.de/fileadmin/ewn/data/Material_fuer_Alle/BtE_GL-mit_Gefluechteten_DruckversionA4.pdf



**Beiträge für die Veranstaltungsreihe "Unfair.Unfrieden.Flüchten" gesucht !
Beteiligung sehr erwünscht!**

Der Titel der Veranstaltungsreihe ist so sperrig wie die Inhalte, um die es geht:

"Unfair.Unfrieden.Flüchten" lautet 2018 das Jahresthema des Beirats für kommunale Entwicklungszusammenarbeit. Wir laden wieder dazu ein, sich mit Beiträgen an der jährlichen Veranstaltungsreihe zu beteiligen. Wer sich **bis zum 7. April** mit einem **Vorschlag** bewirbt, kann für die Umsetzung bis zu 500 Euro städtischen Projektzuschuss erhalten.



Flucht und Migration nach Europa haben konkrete Ursachen. Es sind Konflikte, Kriege, ethnisch, religiös und politisch begründete Vertreibungen, ökologische Verwüstungen infolge des Klimawandels, Elend und Armut sowie wirtschaftliche Chancenlosigkeit der Jugend in der Heimat. In der vernetzten Einen Welt weisen diese Ursachen oft in

geographisch weit entfernte Industrieländer, also auch nach Europa. Rüstungsexporte, Landraub, Rohstoffausbeutung und unfairer Handel sind für Unfrieden im globalen Süden mitverantwortlich, oft direkte Fluchtursache.

Diesen Ursachen der neuen Fluchtbewegungen wird die **Veranstaltungsreihe vom 15. September bis 31. Oktober** nachspüren und nach politischen Konsequenzen fragen. Vor allem stellt sie auch die Frage: Welchen Beitrag können die Menschen in Münster leisten? Der Beirat lädt Schulen und Vereine, Verbände, Gruppen und Initiativen ein, sich damit auseinanderzusetzen und an der Reihe zu beteiligen. Um möglichst viele Menschen zu erreichen, sind insbesondere auch öffentlichkeitswirksame größere Kooperationsveranstaltungen willkommen.

Denkbar sind Vorträge und Diskussionen, Film- und Theatervorführungen, Ausstellungen, Expertenanhörungen oder sonstige originelle Projektideen. Sollten sich Themenvorschläge und Ideen überschneiden, stellen wir den Kontakt zwischen den Betroffenen her, um mögliche Kooperationen abzustimmen.

Interessierte wenden sich mit Fragen und Zuschussanträgen an die **Geschäftsstelle des Beirats** im Amt für Bürger- und Ratsservice.

Ansprechpartnerin ist **Susanne Rietkötter**, Tel. 02 51/4 92-33 26, E-Mail rietkoetter@stadt-muenster.de.

Info im Stadtportal: www.stadt-muenster.de/entwicklung

<http://www.stadt-muenster.de/ratsservice/politik-und-verwaltung/beirat-fuer-kommunale-entwicklungszusammenarbeit/aktuelle-veranstaltungsreihe.html>

Großbritannien: Ausfall bei Menschenrechten

Leserzuschrift an die Westfälischen Nachrichten zur Berichterstattung über den Brexit, 14.3.2018

Seit dem Brexit-Referendum buhlt das Land weltweit um lukrative Aufträge und befindet sich auf einem Schmusekurs mit autoritären Regimen. Menschenrechtspolitik scheint da keinen Platz mehr zu haben. Zwischen Juni 2016 und Juni 2017 stieg der Wert der Rüstungsexportverträge im Vergleich zum Vorjahr um 28 Prozent. Mit der Türkei wurde die Lieferung von Flugzeugen, Hubschraubern, Drohnen, Granaten, Kleinwaffen und Munition in Höhe von 171 Millionen Euro vereinbart. Saudi-Arabien, noch immer im Krieg mit Jemen, erhielt alleine im 1. Halbjahr 2017 Rüstungsgüter und Sicherheitstechnik im Wert von 1,1 Milliarden Euro. Bei Malaysia geht es derzeit um den Verkauf von Kampfflugzeugen. Verteidigungsminister Gavin Williamson warnte bei Nichtzustandekommen mit dem Verlust von 20.000 Arbeitsplätzen in der Rüstungsindustrie und forderte, Malaysia nicht mit dem vom Europaparlament aus Umweltschutzgründen geforderten Verbot von Palmöl zu verärgern. Im Februar beschwor Premierministerin Theresa May bei ihrem China-Besuch eine „goldene Ära mit China“ und schwieg zu allen Menschenrechtsverletzungen. Der Brexit und neue ökonomische Druck hat Großbritannien, einst stolze Weltmacht, zu einem Bittsteller auf internationaler Ebene degradiert, der Menschenrechtspolitik als überflüssiger Luxus anzusehen scheint.

Dr. Kajo Schukalla, Gesellschaft für bedrohte Völker, Münster

Zum Schluss noch eine Literaturempfehlung:

Diktaturen als Türsteher Europas

Viele Flüchtlinge kommen aus Afrika. Mit politischen Ursachen und Migrationskontrolle in Afrika befasst sich eine neue Studie, die ich mit Gewinn gelesen habe.

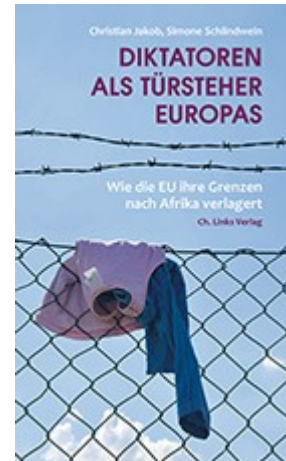
Christian Jacob, Simone Schlindwein:

Diktatoren als Türsteher Europas.

Wie die EU ihre Grenzen nach Afrika verlagert.

Berlin 2017

(Christoph Links Verlag, ISBN 978-3-86153-959-9, 320 S., 18 €)



Ein ARD-Filmbeitrag aus ttt / Titel-Thesen-Temperamente behandelt dieses Buch:

[http://www.ardmediathek.de/tv/ttt-titel-thesen-temperamente/Deals-mit-Diktatoren/Das-
Erste/Video?bcastId=431902&documentId=48968412](http://www.ardmediathek.de/tv/ttt-titel-thesen-temperamente/Deals-mit-Diktatoren/Das-Erste/Video?bcastId=431902&documentId=48968412)

(7 Min., verfügbar bis 7.1.2019)

3. Aktuelle GfbV-Pressemitteilungen

Oberstes Gericht Israels setzt Abschiebungen afrikanischer Flüchtlinge aus Hoffnung für Eritreer und Darfuris - Mehr Transparenz beim Umgang mit Flüchtenden gefordert

GfbV-Pressemitteilung, 16.3.2018

Mehrere zehntausend Flüchtlinge aus Eritrea und Darfur (Sudan) können Hoffnung schöpfen, ein Bleiberecht in Israel zu bekommen, nachdem das Oberste Gericht des Landes gestern ihre geplante Abschiebung bis zum 1. April 2018 aussetzte. „Wir begrüßen die Entscheidung des Gerichts, weil Israels Regierung zu mehr Transparenz beim Umgang mit der Flüchtlingsfrage gezwungen wird. Mit dem Schutz von Opfern von Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit spielt man nicht. Israels Öffentlichkeit hat ein Recht zu erfahren, was Ruanda und Uganda versprochen wurde, um sie zur Aufnahme der Flüchtlinge zu bewegen“, erklärte der GfbV-Direktor Ulrich Delius am Freitag in Göttingen.

Das Gericht gab mit seiner Entscheidung dem Antrag von 120 Flüchtlingen statt und forderte die Regierung Israels auf, bis Ende des Monats März weitere Details der geplanten Abschiebungen zu erläutern. In einer Anhörung vor Gericht wurden große Zweifel an der Rechtmäßigkeit von Absprachen mit den Regierungen Ruandas und Ugandas laut, die sich angeblich verpflichteten, abgeschobene Flüchtlinge aufzunehmen. Das Oberste Gericht Israels will bis zum 1. April endgültig über die Rechtmäßigkeit der

Abschiebungen entscheiden, die in der israelischen Öffentlichkeit umstritten sind. Auch die Vereinten Nationen warnten angesichts der massiven Verfolgung von Eritreern und Darfuris in ihrer Heimat vor Abschiebungen von Angehörigen beider Flüchtlingsgruppen.

Umstritten ist die Zukunft von rund 42.000 Flüchtlingen vor allem aus Eritrea und dem Sudan. Während Familien, Frauen und rund 5.000 Kinder zunächst nicht abgeschoben werden sollen, wollen die israelischen Behörden am 1. April 2018 mit der Abschiebung alleinstehender Männer beginnen. Dies betrifft vor allem 27.500 eritreische Flüchtlinge, die vor dem unbegrenzten Militärdienst und anderen Verbrechen gegen die Menschlichkeit in ihrer Heimat geflohen sind.

Nachdrücklich hat die GfbV seit Bekanntwerden der Pläne im Januar 2018 vor den drohenden Abschiebungen gewarnt, weil es für die Flüchtenden in Ruanda und Uganda weder Sicherheit noch Perspektive gibt. Das zeigen die Beispiele Dutzender Eritreer, die nach ihrer Ausreise aus Israel ohne Ausweispapiere und finanzielle Mittel schutzlos der Willkür von Behörden und der ortsansässigen Bevölkerung in Ruanda ausgeliefert sind. „Sie haben keine Chance, in Ruanda dauerhaft zu bleiben. Oft fliehen sie nach wenigen Wochen weiter und werden in Libyen Opfer skrupelloser Menschenhändler, die sie und ihre Angehörigen erpressen“, erklärte Delius. „Eine Abschiebung nach Ruanda löst nicht ihre Probleme, sondern schürt nur ihre Traumatisierung“.

Rückzug der Philippinen vom Internationalen Strafgerichtshof Bundesregierung muss den Strafgerichtshof stärken: Ohne ein Ende von Straflosigkeit gibt es keinen Respekt für Menschenrechte

GfbV-Pressemitteilung, 14.03.2018

Nach dem angekündigten Rückzug der Philippinen vom Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) mehr Engagement Deutschlands für den weltweiten Kampf gegen Straflosigkeit gefordert. „Dringend sollte die neue deutsche Bundesregierung darüber beraten, wie der IStGH und dessen weltweiter Kampf gegen Straflosigkeit mehr gestärkt werden können. Als eines der engagiertesten Gründungsmitglieder des Gerichtshofes darf Deutschland nicht länger zuschauen, wie sich immer mehr Staaten enttäuscht von dem Gericht abwenden. Denn Menschenrechte können nur verbindlich weltweit durchgesetzt werden, wenn auch der Kampf gegen Straflosigkeit ernst genommen wird“, erklärte der GfbV-Direktor Ulrich Delius am Mittwoch in Göttingen.

So regte die Menschenrechtsorganisation an, die stark überlasteten Ermittlungsbehörden des IStGH finanziell zu stärken, um glaubwürdigere und kompetentere Ermittlungen zu ermöglichen. „So könnte man wirksam der Kritik afrikanischer Staaten begegnen, die dem IStGH vorwerfen, zu einseitig auf Afrika fixiert zu sein“, sagte Delius.

„Die Abkehr der Philippinen vom IStGH ist fatal und ein falsches Signal. Vor allem indigene Völker auf der umkämpften Insel Mindanao verlieren dadurch die Hoffnung auf ein Ende von Gewalt und Rechtlosigkeit. Denn die Justiz der Philippinen kennt keine Gerechtigkeit für diese Lumad-Völker. Dutzende Angehörige von Armee und Milizen bleiben straflos für ihre Verbrechen an Lumad, weil kein Gericht auf den Philippinen es wagt sie zu verurteilen. Die Entscheidung Präsident Duterte zementiert die Kultur der Straflosigkeit in dem Land“, sagte Delius. Duterte hat heute angekündigt, sein Staat werde sich mit sofortiger Wirkung aus dem IStGH zurückziehen. Der Präsident zieht damit Konsequenzen aus der Einleitung von Ermittlungen des IStGH wegen des

gewaltsamen Todes von mehr als 10.000 Menschen im Rahmen des Anti-Drogen-Kampfes auf den Philippinen.

Der aus Mindanao stammende Duterte brüstet sich oft, ein Freund der Lumad zu sein. Doch seit seiner Wahl im Juni 2016 hat sich die Lage der Indigenen auf Mindanao nur weiter verschlimmert. Als kürzlich die philippinische UN-Sonderberichterstatterin für indigene Völker Victoria Tauli Corpuz ein Ende der Straflosigkeit für Verbrechen an Lumad forderte, beschimpfte Duterte sie so wüst, dass der UN-Hochkommissar für Menschenrechte Zeid Ra'ad Al Hussein ihm einen Besuch beim Psychiater empfahl.

"Halabja 1988/Afrin 2018: Damals Giftgas, heute Panzer – Keine deutschen Waffen gegen Kurden!"

Mahnwache am Brandenburger Tor

GfbV-Pressemitteilung, 12.3.2018

Im Andenken an die Opfer des Giftgasangriffes auf die kurdische Stadt Halabja in Irakisch-Kurdistan vor 30 Jahren organisiert die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) am 13. März eine Mahnwache unter dem Motto: „Halabja 1988/Afrin2018: Damals Giftgas, heute Panzer – Keine deutschen Waffen gegen Kurden!“ vor dem Brandenburger Tor in Berlin. Während der Mahnwache wird 13:00 Uhr ein Report an die Vize-Präsidentin des deutschen Bundestages, Claudia Roth, übergeben.

Am 16. und 17. März 1988 bombardierte die Luftwaffe des damaligen Regimes von Saddam Hussein Halabja mit Giftgas. Diese Attacke hatten auch deutsche und europäische Firmen, unter anderem durch Unterstützung des Aufbaus von Produktionsanlagen von Giftgas, ermöglicht. Mindestens 5.000 Menschen starben innerhalb weniger Stunden.

Die Auswirkungen des Giftgaseinsatzes reichen bis in die Gegenwart. Zahlreiche Überlebende leiden noch immer an Spätfolgen. In Halabja gibt es ungewöhnlich viele Fälle von bösartigem Krebs, Hautkrankheiten, Atemproblemen, Unfruchtbarkeit, Fehlgeburten und angeborenen Missbildungen. Noch heute fehlt es an finanziellen Mitteln für den Aufbau einer medizinischen Infrastruktur, um sich angemessen um die überlebenden Opfer kümmern zu können.

„Anlässlich des 30. Jahrestages wollen wir Gerechtigkeit für die Opfer des Giftgasangriffs fordern“, erklärt der GfbV-Nahostreferent. Die Organisation setzt sich seit Jahrzehnten immer wieder für die Bewohner Halabjas ein. „Es müssen endlich ein Fonds für Halabja und die umliegenden Dörfer eingerichtet und die medizinische und ökonomische Infrastruktur verbessert werden. Außerdem erwarten die Opfer eine Entschuldigung der Bundesregierung für die Beteiligung deutscher Firmen am irakischen Chemiewaffenprogramm. Gerade im Zusammenhang mit dem derzeitigen fortdauernden Angriffskrieg der Türkei auf Kurden in Syrien verlangen wir ein klares Nein zu Waffenlieferungen in die Region.“

Kurz vor dem Jahrestag hat die GfbV auch einen Menschenrechtsreport mit dem Titel „30 Jahre Halabja – Gerechtigkeit für die Opfer des Völkermordes“ veröffentlicht. Dieser entstand auf der Basis von Hintergrundberichten und Interviews mit Menschen aus Halabja.

**30 Jahre Halabja – Die Opfer des Völkermords leiden bis heute
Neuer Report macht auf die Spätfolgen des Giftgasangriffes aufmerksam**
GfbV-Pressemitteilung, 9.3.2018

Kurz vor dem 30. Jahrestag des Giftgasangriffes auf die irakisch-kurdische Stadt Halabja veröffentlicht die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) einen neuen Menschenrechtsreport, der Opfer und Angehörige selbst zu Wort kommen lässt und macht auf die Spätfolgen dieses grausamen Angriffs aufmerksam.

Am 16. und 17. März 1988 bombardierte die Luftwaffe des damaligen Diktators Saddam Hussein Halabja mit Giftgas. Diesen Angriff hatten auch deutsche und europäische Firmen ermöglicht, unter anderem durch ihre Beteiligung am Aufbau der irakischen Giftgasproduktion. Mindestens 5.000 Menschen starben innerhalb weniger Stunden, weitere 10.000 wurden verletzt.

Bis heute leiden die Menschen aus Halabja unter den Folgen dieses Angriffs, den viele Regierungen mittlerweile als Völkermord anerkannt haben. In Interviews, die in gekürzter Version in dem 27-seitigen Report abgedruckt sind, berichten Vertreter aus Politik und Zivilgesellschaft unter anderem von ungewöhnlich vielen Fällen von bösartigem Krebs, Hautkrankheiten, Atemproblemen, Unfruchtbarkeit, Fehlgeburten und angeborenen Missbildungen. Zudem fehlt es bis heute an finanziellen Mitteln für den Aufbau einer medizinischen Infrastruktur, um die Opfer dieser Spätfolgen angemessen versorgen zu können.

„Es müssen endlich ein Fonds für Halabja und die umliegenden Dörfer eingerichtet und die medizinische und ökonomische Infrastruktur verbessert werden“, erklärt der GfbV-Nahostreferent Kamal Sido. „Außerdem erwarten die Opfer eine Entschuldigung der Bundesregierung für die Beteiligung deutscher Firmen am irakischen Chemiewaffenprogramm. Gerade im Zusammenhang mit dem derzeitigen fortdauernden Angriffskrieg der Türkei auf Kurden in Syrien verlangen wir ein klares Nein zu Waffenlieferungen in die Region.“

Die GfbV engagiert sich seit Jahrzehnten immer wieder für die Bewohner Halabjas. Wir laden Sie ein, sich durch unseren Menschenrechtsreport „30 Jahre Halabja - Gerechtigkeit für die Opfer des Völkermordes“ ein Bild der Situation zu verschaffen. Auch erklären wir in dem Report noch einmal die Hintergründe des Angriffs und die Verstrickung deutscher Unternehmen.

**Vereinte Nationen beraten am 9. März über Stärkung der UN-Generalversammlung
Bundesregierung soll UNO-Reformen unterstützen**
GfbV-Pressemitteilung, 8.3.2018

Anlässlich einer am Freitag in den Vereinten Nationen in New York vorgesehenen Debatte über eine Stärkung der UNO-Generalversammlung hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) die deutsche Bundesregierung aufgefordert, sich für einen offenen und transparenten Reformprozess bei der Weltorganisation einzusetzen. „Die UNO muss handlungsfähig werden angesichts schwerer Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie gegenwärtig in Syrien“, erklärte die Menschenrechtsorganisation in einem Schreiben an Bundeskanzlerin Angela Merkel.

„Das bevorstehende 75. Jubiläum der UNO im Jahr 2020 sollte Anlass für eine Bestandsaufnahme und Erneuerung sein. Damit das gelingt, müssen die Weichen schon jetzt gestellt werden“, sagte GfbV-Direktor Ulrich Delius in Göttingen. „Wir unterstützen die Forderung aus der Zivilgesellschaft zur Einrichtung eines offenen und transparenten Vorbereitungsprozesses für einen UNO-Reformgipfel in zwei Jahren“, so Delius weiter.

Nach Ansicht der GfbV sollen die Vorbereitungen für einen UN2020-Reformgipfel noch in diesem Jahr von der Generalversammlung eingeleitet werden. „Bei diesem Prozess sollen neben Regierungsvertretern der UNO-Mitgliedsstaaten auch Parlamentarier, Vertreter der Zivilgesellschaft und Wissenschaftler einbezogen werden“, hieß es in dem Schreiben.

Von dem Reformgipfel erhofft sich die GfbV unter anderem eine Bekräftigung des Prinzips der Schutzverantwortung der Staaten, eine Einschränkung des Vetorechts der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, eine Stärkung der Generalversammlung, die Einrichtung einer Parlamentarischen Versammlung sowie eine bessere Vertretung indigener Völker in der Weltorganisation.

Im vergangenen Monat hat eine Gruppe internationaler Nichtregierungsorganisationen einen Aktionsaufruf für einen UN2020-Reformgipfel veröffentlicht, der von der GfbV unterstützt wird, darunter das World Federalist Movement mit Sitz in New York und Den Haag, das Friedensforschungsinstitut Stimson Center aus Washington D.C. sowie die Bürgerrechtsorganisation Civicus aus dem südafrikanischen Johannesburg.

Internationaler Frauentag: Indigene Menschenrechtsverteidigerinnen sind mehrfach bedroht

Europäische Union muss ihre schwierige Lage stärker berücksichtigen

GfbV-Pressemitteilung, 7.3.2018

Indigene Menschenrechtlerinnen, wie Aura Lolita Chávez von den Maya in Guatemala, sind besonders häufig Opfer von Willkür, Einschüchterung und Machtinteressen. Foto: © European Union 2017 - European Parliament via Flickr

Zum Internationalen Frauentag hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) einen besseren Schutz indigener Menschenrechtsverteidigerinnen gefordert. „Indigene Menschenrechtsverteidigerinnen leiden unter mehrfacher Verfolgung: Als Frauen, Indigene und Menschenrechtlerinnen. Wenn es die Europäische Union mit ihrem Engagement für Frauenrechte ernst meint, dann muss sie in ihren Richtlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern besonders das Schicksal indigener Frauen berücksichtigen“, erklärte die Menschenrechtsorganisation in einem Schreiben an die EU-Außenministerin Federica Mogherini. „Indigene Menschenrechtlerinnen dürfen nicht länger Opfer von Willkür, Einschüchterung und Machtinteressen sein. Sie sind besonders gefährdet und brauchen daher auch unsere besondere Aufmerksamkeit“, erklärte der GfbV-Direktor Ulrich Delius am Mittwoch in Göttingen.

So bekommt Aura Lolita Chávez von den Maya in Guatemala Morddrohungen, weil sie gegen illegale Rodungen von Wäldern protestiert, die die Lebensgrundlage ihres Volkes zerstören. Denn die Rodungen bedrohen die Wasserversorgung der indigenen Gemeinden, weil der Wald als Wasserspeicher eine große Bedeutung für die Maya hat. „Die Mutter Erde hat keinen Preis, sie muss verteidigt werden“, erklärt die frühere Lehrerin. Als Sprecherin des Rates ihres Volkes geht sie nicht nur bei den lokalen

Behörden gegen die Abholzungen vor. Auch kontrollieren die Indigenen Holztransporter, ob die Bäume rechtmäßig gefällt wurden. Dabei kommt es immer wieder zu Zwischenfällen mit Mitarbeitern von Holzfirmen.

Die indigene Menschenrechtlerin Berta Caceres vom Volk der Lenca in Honduras hat ihr Engagement gegen den Bau eines Staudammes an einem ihnen heiligen Fluss sogar mit dem Leben bezahlen müssen. Sie wurde von Auftragskillern im März 2016 ermordet, nachdem sie immer wieder Morddrohungen erhalten hatte. Die Polizei hatte die Drohungen ignoriert und ihr keinen besonderen Schutz gewährt.

„Aber nicht nur in Mittel- und Südamerika, sondern auch im sibirischen Russland und in Indonesien leiden indigene Menschenrechtsverteidigerinnen unter massiven Anfeindungen“, erklärte Delius. So verlor Yana Tannagasheva vom Volk der Schoren in Sibirien ihre Arbeit als Lehrerin, weil sie gegen die Zerstörung ihrer Region durch Kohleförderung protestierte. Morddrohungen gegen ihre Familie und Brandanschläge machen deutlich, wie gefährlich ihr Engagement für Menschenrechte der Schoren ist.

4. Hinweise zu neuen Publikationen der GfbV

Fachzeitschrift Bedrohte Völker – Pogrom

Die GfbV-Zeitschrift „bedrohte Völker - pogrom“ berichtet regelmäßig alle zwei Monate und aktuell über verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten, Nationalitäten sowie indigene Völker in aller Welt. Im deutschen Sprachraum gibt es kein vergleichbares Medium. Die erste Ausgabe unserer Zeitschrift erschien 1970.

„bedrohte Völker - pogrom“ gibt Opfern von Menschenrechtsverletzungen eine Stimme und nennt die Täter beim Namen. Wir zeigen Lösungen für Konflikte und ein friedliches Zusammenleben, die den Respekt für die Identität und Lebensweise von ethnischen und religiösen Minderheiten einschließen, und scheuen uns nicht vor unbequemen Forderungen.

„bedrohte Völker - pogrom“ richtet sich an politisch wache Menschen, die sich für die Bewahrung kultureller Vielfalt einsetzen. Bei uns kommen nicht nur ausgewiesene Experten, sondern auch die Betroffenen selbst zu Wort.

Tipp für Interessierte und Forschende: In unserem pogrom-Archiv liegen viele interessante und spannende Texte zu verschiedenen Regionen und Völkern. Wenn Sie etwas Bestimmtes aus der Vergangenheit suchen, schicken Sie uns eine E-Mail mit dem Stichwort, nachdem wir unser Archiv durchsuchen sollen, an redaktion@gfbv.de. Wir lassen Ihnen dann gerne die Artikel digitalisiert zukommen.

Mehr Informationen unter

<https://www.gfbv.de/de/informieren/zeitschrift-bedrohte-voelker-pogrom/>

Über diesen Link kann ein Abonnement in Auftrag gegeben werden:

<https://www.gfbv.de/de/informieren/zeitschrift-bedrohte-voelker-pogrom/zeitschrift-abo/>



Mitarbeiten und / oder Mitglied werden und Menschenrechtsarbeit stärken !

Unsere Menschenrechtsorganisation ist föderal organisiert und bietet auch die Möglichkeit, in Regionalgruppen, so in Münster, mitzuarbeiten. Wenn Sie / wenn ihr Interesse habt/ haben, reinschauen und mitmachen kostet nichts, aber hilft!

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen/>

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/mitglied-werden/>

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/ehrenamtlich-engagieren/>

Spendenkonto der Gesellschaft für bedrohte Völker:

Bank für Sozialwirtschaft

IBAN DE07 2512 0510 0000 50 60 70

BIC BFS WDE 33 HAN

5. Arbeitskontakte

Gesellschaft für bedrohte Völker – Regionalgruppe Münster

Ulrike Kuhlmann,

Tel. 0251/ 5309793 (mit AB)

E-mail: ulrikekuhlmann@googlemail.com.

Dr. Kajo Schukalla

Markweg 38, 48147 Münster,

Tel. 0251/ 2390606 (mit AB),

E-mail: kajo.schukalla@gmail.com

Informationen zur GfbV-Regionalgruppe Münster

www.rg-muenster.gfbv.de

Einige unserer Beiträge aus Münster findet ihr hier eingestellt:

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen/regionalgruppe-muenster/regionalgruppe-muenster-archiv/>

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen/regionalgruppe-muenster/>

www.gfbv.de

PS. Die Adressen mit menschenrechte.weltweit@... dienen nur der Versendung, automatische Rückmails können nicht gelesen werden.

Wer aus dem Mailverteiler gestrichen werden möchte, sende mir bitte eine individuelle E-mail. Bei einfacher Rückantwort besteht die Gefahr bei Massenaussendungen, dass die Nachricht in der Fülle der individuell kaum zu bearbeitenden Sendungen verlorenggeht. Dies gilt natürlich auch bei anderen wichtigen Reaktionen und Nachrichten.

